

NZZ 19.5.14

# Ein klares Ja – aber zu welcher Kirche?

*Die Kirchensteuerinitiative erleidet auch im Kanton Zürich deutlich Schiffbruch. Damit werden die Kirchen bestätigt, aber ihre Probleme nicht gelöst. Von Thomas Ribi*

Das Ergebnis ist weitaus deutlicher, als zu erwarten war: Nach dem Kanton Graubünden hat auch der Kanton Zürich die Kirchensteuerpflicht für juristische Personen bestätigt – beide mit einem Neinstimmen-Anteil von über 70 Prozent. Die Jungliberalen sind mit ihrer Initiative gescheitert. Noch deutlicher als bei der Volksinitiative zur Trennung von Kirche und Staat im Jahr 1995 haben sich die Stimmberechtigten für die Kirchen ausgesprochen. Was das genau heisst, ist allerdings nicht einfach zu sagen. Vordergründig ging es ja um eine Steuererleichterung. Die Initianten liessen ihre liberale Fingerrübung unter dem Titel «Weniger Steuern fürs Gewerbe» segeln. Das hat ihr sicher nicht genützt. Steuersenkungen sind beim Zürcher Stimmvolk in den letzten drei Jahren nie auf Zustimmung gestossen. Doch im Abstimmungskampf ging es auch gar nicht um Steuersenkungen oder um die Förderung von Wirtschaft und Gewerbe. Die Zürcher Handelskammer lehnte die Initiative ab. Für die Wirtschaft war sie offensichtlich kein Thema, der Gewerbeverband unterstützte sie nur lauwarm. SVP und FDP hatten zwar die Ja-Parole beschlossen, liessen sich darüber hinaus aber kaum vernehmen.

*«Wie hältst du's mit der Kirche?»*

Die Jungliberalen waren im Abstimmungskampf auf sich allein gestellt. Und sie liessen keinen Zweifel daran aufkommen, dass es auch ihnen letztlich nicht um eine Steuererleichterung für einen Teil der Firmen oder um die Beseitigung einer rechtlichen Ungleichheit zwischen natürlichen Personen und Firmen geht. Sie kämpften unter falscher Flagge, aber ziemlich unverhohlen für eine Trennung von Kirche und Staat. So klar das Abstimmungsgebotnis ist: Im Grunde ist das Nein des Stimmvolks die Antwort auf eine Frage, die so nicht gestellt worden war. Die entscheidende Frage «Wie hältst du's mit der Kirche?» bleibt unbeantwortet.

So viel immerhin steht fest: Die Stimmberechtigten haben sich für Kirchen ausgesprochen, die gesellschaftliche Verantwortung ernst nehmen, soziale Aufgaben erfüllen und über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus tätig sind. Das Nein zur Kirchensteuerinitiative ist ein Ja zu Kirchen, die sich öffentlich engagieren – in der Betreuung von alten, Kranken und benachteiligten Menschen, mit Bildungsangeboten und mit kulturellen Tätigkeiten. Dieses klare Ja zu starken Kirchen steht allerdings in einem

scharfen Kontrast zur Situation, in der sich die beiden grossen Landeskirchen befinden.

Seit Jahrzehnten kehren ihnen jährlich rund 3000 Mitglieder den Rücken. Die katholische Kirche kompensiert die Austritte vordehand durch Neuzutritte. Die Zuwanderung hat ihr in den letzten Jahren sogar zu einem kleinen Wachstum verholfen. Die reformierte Kirche aber schrumpft. Seit 1995 hat sie über 60 000 Mitglieder verloren. Die Kirche Zwinglis, der vor vierzig Jahren noch über 70 Prozent der Kantonsbevölkerung angehörten, umfasst heute noch ein Drittel der Einwohner. Gut ein Viertel der Reformierten sind über 65 Jahre alt, und Soziologen sagen einen weiteren Schwund voraus. Bis 2025, so rechnen sie, dürfe nur noch ein Viertel der Zürcher Bevölkerung reformiert sein.

*Dienstleistungen – und was sonst noch?*

Dazu kommt, dass die Reformierten mit weniger Geld auskommen müssen. Das seit 2010 geltende Kirchengesetz sieht vor, dass der Kanton seine Beiträge an die öffentlich anerkannten Kirchen nach den Mitgliederzahlen bemisst. Der Beitrag an die Reformierten nimmt also stetig ab, dazu sinken auch ihre Steuererträge. Das zwingt sie, ihre Strukturen grundsätzlich zu überdenken. In den nächsten Jahren sollen bis zu zwei Drittel der Kirchengemeinden im Kanton aufgehoben werden. Das wird die reformierte Kirche verändern.

Das Ja der Zürcherinnen und Zürcher ist eine Bestätigung für die gesellschaftliche Tätigkeit der Kirchen. Die Probleme der Kirchen sind damit aber nicht gelöst. Die Öffentlichkeit schätzt zwar kirchliche Dienstleistungen, doch immer weniger Menschen fühlen sich den Kirchen tatsächlich verbunden. Man will eine starke, sozial tätige Kirche, von den religiös-spirituellen Angeboten aber will man nichts wissen. Das Nein zur Kirchensteuerinitiative ist auch ein Ja zu einer Kirche, die für alle da ist, für die man sich aber selber nicht engagieren will. Auch wenn die Trennung von Kirche und Staat nach diesem Abstimmungsergebnis nicht so bald wieder zum Thema werden dürfte: Die öffentlich anerkannten Kirchen müssen sich darüber klarwerden, welche Rolle sie in der Gesellschaft spielen wollen. Als reine Dienstleistungsbetriebe mit Besuchsdiensten für Senioren, Mittagstischen und Kirchenkonzerten können sie sich als gesellschaftliche Instanz jedenfalls auf Dauer nicht halten.